



Jahresbericht 2025

Register zur Erfassung extrem rechter
und diskriminierender Vorfälle in
Charlottenburg-Wilmersdorf

Inhalt

03.....	Was wird vom Register erfasst und warum?
06.....	Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2025
08.....	Propaganda: Antifaschismus als Feindbild im öffentlichen Raum
10	Rassismus erneut gestiegen: zwischen Alltag, Enthemmung und der Normalisierung extrem rechter Ideen
12.....	Antisemitismus auf neuem Höchststand
13.....	LGBTIQ*-Feindlichkeit und Antifeminismus: Sichtbare Abwertung im öffentlichen Raum
14	Grenzen der Dokumentation: Obdachlosenfeindlichkeit und Behindertenfeindlichkeit weiterhin untererfasst
17	Aktivitäten der AfD im Bezirk
18.....	Demokratische Zivilgesellschaft im Visier der „Neuen Rechten“
20.....	Angriffschronik 2025
22.....	Anlaufstellen des Register Charlottenburg-Wilmersdorf

Impressum

Register Charlottenburg-
Wilmersdorf
SJ – Die Falken Berlin
Schloßstraße 19
14059 Berlin

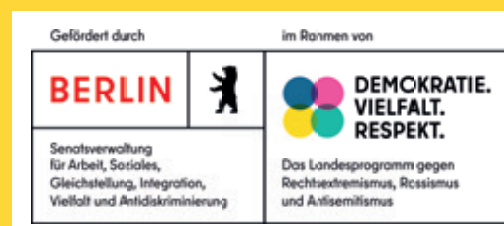
www.falken-berlin.de
www.berliner-register.de/charlottenburg-wilmersdorf

Layout: Michael Mallé
Auflage: 1. Auflage, Mai 2026

Erscheinungsort: Berlin
Druck: pinguindruck.de

Abbildungen auf Seite 8 & 9 dienen der staatsbürgerlichen Aufklärung sowie der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens.

Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung.



Die SJ – Die Falken LV Berlin sind Trägerin des Projekts.



DIE FALKEN
Landesverband Berlin

Was erfasst das Register und warum?

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf dokumentiert extrem rechte und diskriminierende Vorfälle. Es ist Teil der Berliner Register, einem Netzwerk unabhängiger, zivilgesellschaftlicher Melderegister. Ziel ist es, Diskriminierung und Ausgrenzung im Berliner Alltag öffentlich zu machen und dagegen vorzugehen. Jede Person kann diese Vorfälle melden, egal ob als Betroffene*r oder Augenzeug*in. Dabei steht immer die Perspektive der Betroffenen im Mittelpunkt. Diese werden leider häufig nicht ernst genommen, geleugnet oder finden keine Beachtung in der Öffentlichkeit. Deshalb ist es so bedeutsam, sichtbar zu machen, welche Formen von Ausgrenzung Menschen in Berlin alltäglich erleben.

Ziel des Registers ist es, Lebensrealitäten in Charlottenburg-Wilmersdorf sichtbar und erfasste extrem rechte Aktivitäten im Bezirk öffentlich zu machen. Um gegen Ausgrenzung und Diskriminierung vorzugehen, muss man sie als Problem erkennen und beschreiben, wo sie stattfinden und gegen wen sie sich richten. Deshalb sammelt das Register Vorfälle und veröffentlicht sie anonymisiert in einer Chronik auf der Website:

<https://berliner-register.de>



Wie melde ich einen Vorfall?

Du kannst dem Register diskriminierende und extrem rechte Vorfälle melden über

E-Mail: cw@berliner-register.de

Telefon/Messenger: 01630812128 & 01789185896

Instagram/BlueSky/Mastodon: @RegisterCW

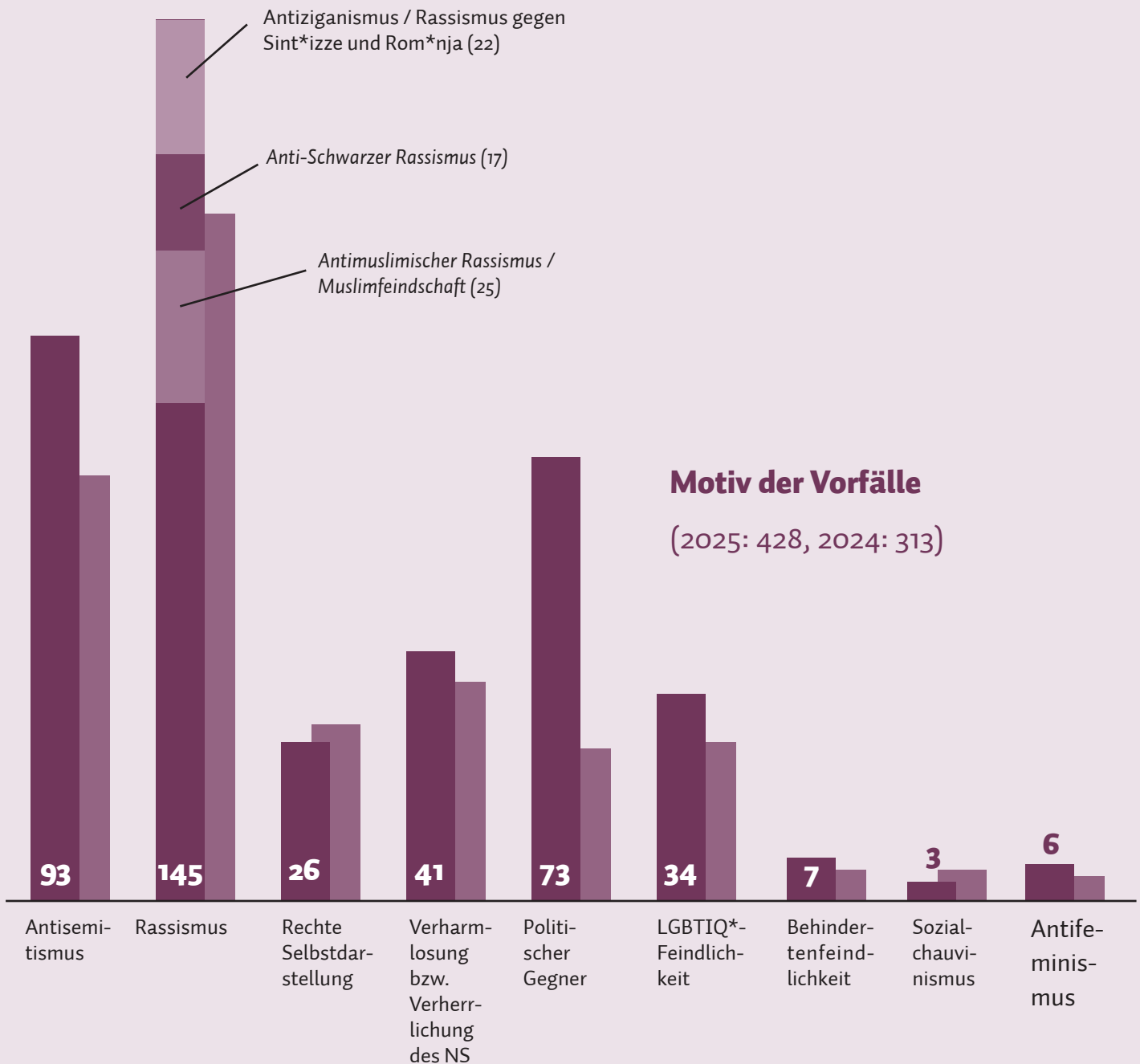
Meldeformular der Berliner Register:
www.berliner-register.de/vorfall-melden

Auch wenn du nicht sicher bist, ob wir deinen Vorfall aufnehmen, schick ihn gerne trotzdem.

Motive der Vorfälle

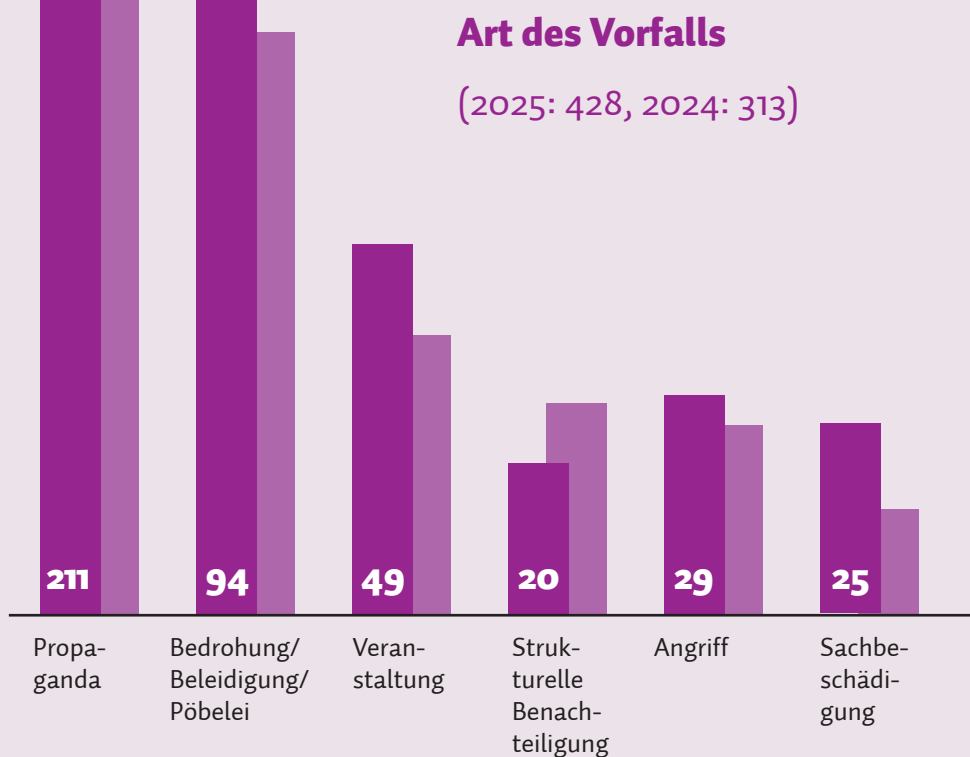
Zu den Motiven, die vom Register erfasst werden, zählen Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, Antifeminismus, Behindertenfeindlichkeit, Obdachlosenfeindlichkeit (Sozialchauvinismus) und Rassismus. Das Motiv Rassismus wird nach Möglichkeit in antimuslimischen oder Anti-Schwarzen Rassismus sowie in Antiziganismus (der Feindschaft gegen Rom*nja und Sinti*zze und dafür gehaltene Menschen) unterteilt.

Zudem werden Vorfälle erfasst, die sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richten, beispielsweise gegen Antifaschist*innen oder Politiker*innen demokratischer Parteien. Auch Taten, die den Nationalsozialismus verherrlichen oder verharmlosen, wie das Zeigen des Hitlergrußes oder Hakenkreuz-Schmierereien, werden dokumentiert. Wenn Akteur*innen der extremen Rechten für ihre Organisationen oder Websites werben, erfasst das Register solche Vorfälle als extrem rechte Selbstdarstellung.



Art der Vorfälle

Die Berliner Register dokumentieren verschiedene Arten von Vorfällen, wenn sie einem der genannten Motive zugeordnet werden können. Diese Vorfallsarten sind: Bedrohung, Beleidigung und Pöbeleien, körperlicher Angriff, Diskriminierung durch Behörden (strukturelle Benachteiligung), Aufkleber, Flugblätter, Sprühereien im öffentlichen Raum (Propaganda), Veranstaltung und Sachbeschädigung. Dass auch niedrigschwellige Vorfälle wie etwa Aufkleber oder Beleidigungen aufgenommen werden, soll auch solche Vorfälle sichtbar machen, die oftmals nicht bei der Polizei gemeldet werden. Dadurch wird deutlich, in welchen vielfältigen Formen Betroffene Diskriminierung erleben, und zugleich das gesellschaftliche Klima beschrieben, aus dem heraus auch strafrechtlich relevante Vorfälle wie körperliche Angriffe entstehen.



Charlottenburg-Wilmersdorf im Jahr 2025

Das Register Charlottenburg-Wilmersdorf dokumentierte für 2025 insgesamt 428 Vorfälle und damit so viele wie nie seit Beginn der Erfassung im Jahr 2013. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um mehr als ein Drittel. Der Höchststand ist vor allem auf die deutliche Zunahme von Stickern, Schmierereien und anderer Propaganda im öffentlichen Raum zurückzuführen. Auffällig ist, dass sich diese zunehmend gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richteten, insbesondere gegen Antifaschist*innen. Dies verweist auf eine zunehmende Normalisierung extrem rechter Feindbilder.

Rassismus bleibt mit 145 dokumentierten Vorfällen das häufigste Motiv und macht mehr als ein Drittel aller Fälle aus. Der Anstieg zeigt, wie stark rassistische Diskurse in alltägliche Anfeindungen übergehen. Besonders zugenommen haben Bedrohungen, Beleidigungen und Angriffe. Die Zahl der Angriffe stieg zwar nur leicht, während hingegen verbale Anfeindungen deutlich häufiger wurden (2025: 50; 2024: 37) und enthemmter auftraten. Für viele Betroffene äußerte sich Rassismus damit konkret im Alltag als Einschränkung ihrer Sicherheit und Bewegungsfreiheit. Antisemitismus folgt mit 93 Vorfällen als zweithäufigstes Motiv und erreichte 2025 ebenfalls einen Höchststand (2024: 70), insbesondere durch mehr Veranstaltungen und Beleidigungen im Kontext der Entwicklungen seit dem 7. Oktober 2023 in Israel und Palästina.

Auch LGBTIQ*-Feindlichkeit nahm zu (2025: 34; 2024: 26), insbesondere in Form von vermehrter Propaganda. Auffallend ist, dass queere Menschen über verschiedene rechte Spektren hinweg zunehmend als gemeinsames Feindbild markiert wurden.

Angewachsen ist auch die Zahl von Veranstaltungen mit extrem rechten oder diskriminierenden Inhalten (2025: 49, 2024: 37). Ein großer Teil davon war antisemitisch geprägt (23); ein weiterer Teil war Akteur*innen der sogenannten Neuen Rechten zuzuordnen (17), für die der Bezirk seit Jahren ein wichtiger Vernetzungsraum geworden ist. Dabei zeigt sich, dass Charlottenburg-Wilmersdorf nicht nur Schauplatz einzelner Vorfälle ist, sondern eine zentrale Rolle für die Verbreitung und Normalisierung der dahinterstehenden Ideologien spielt. Räumlich konzentrierten sich die Vorfälle erneut vor allem im Ortsteil Charlottenburg (245 Fälle; 2024: 192), wo ein Großteil der Propaganda und Veranstaltungen stattfand. Besonders stark gestiegen sind die Zahlen jedoch in Wilmersdorf (2025: 87; 2024: 33), vor allem durch mehr Propaganda gegen politische Gegner*innen, Sachbeschädigungen, darunter Hakenkreuze, die in Autos geritzt wurden und Stolpersteine, die mit NS-verherrlichenden Botschaften beschmiert wurden. Aber auch rassistische Anfeindungen nahmen in Wilmersdorf zu. Hingegen werden in ruhigen Ortsteilen, wie Grunewald oder Schmaragdendorf, die von einer Vorstadtatmosphäre geprägt sind, seit Jahren nur wenige Vorfälle dokumentiert. In diesen Stadtteilen gibt es weniger Vereine und Nachbarschaftszentren, eine geringere Bevölkerungsdichte und weniger Begegnungen im Alltag. Allerdings bilden die dem Register gemeldeten Vorfälle immer nur einen Ausschnitt der tatsächlichen Lage ab. Umso wichtiger bleibt es, überall Vorfälle sichtbar zu machen und zivilgesellschaftliche Strukturen im Bezirk zu stärken.



HOTEL SEEHOF

Propaganda: Antifaschismus als Feindbild im öffentlichen Raum

In Bezirken im östlichen Teil Berlins versuchen Neonazis seit Jahren durch Eigenwerbung und Abwertung politischer Gegner*innen eine Dominanz im öffentlichen Raum herzustellen. Sticker, Schmierereien und Flyer prägen dort vielerorts das Stadtbild und spiegeln sich in hohen Vorfallszahlen wider. Charlottenburg-Wilmersdorf war in den vergangenen Jahren hingegen kein Schwerpunkt solcher Aktivitäten. Für 2025 ist jedoch diesbezüglich eine besorgniserregende Veränderung zu beobachten.

Sprunghafter Anstieg

Propaganda blieb auch in 2025 die häufigste Vorfallsart und stieg im Vergleich zu 2024 (132 Vorfälle) und 2023 (178) deutlich auf nun 211 Fälle an. Auffällig ist, dass sich Schmierereien und Sticker erstmals überwiegend gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten richteten: 63 Vorfälle, etwa dreimal so viele wie im Durchschnitt der letzten sechs Jahre. In der Mehrzahl richteten sie sich explizit gegen Antifaschist*innen (59 von 63). Meist handelte es sich um Aufkleber aus einschlägigen extrem rechten Versandshops.

NS-verherrlichende Propaganda blieb insgesamt auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr (2025: 29; 2024: 27), ebenso wie antisemitische Propaganda (2025: 33; 2024: 31). Eigenwerbung extrem rechter Gruppen stieg leicht an (2025: 27; 2024: 19), lag aber weiterhin unter dem Niveau früherer Jahre



Antilinker Aufkleber



1161-Schriftzug („Anti-Antifa“)



geflüchtetenfeindlicher Flyer

(z. B. 2023: 52). Letzteres könnte auf neue, oft lose Organisationsformen extrem rechter Gruppen hinweisen. Diese agieren möglicherweise weniger unter einem festen Label mit eigener Internetpräsenz. Mehrere Sticker und Schmierereien richteten sich zudem gegen queere Menschen (2025: 17; 2024: 8). Rassistische Propaganda stieg deutlich auf einen neuen Höchststand von 53 Vorfällen (2024: 28). Mehr als ein Drittel richtete sich gegen Geflüchtete, etwa durch Forderungen nach sogenannter Remigration. Rassistische Narrative verbreiteten sich auch außerhalb extrem rechter Kreise, z. B. durch Flugblätter im Grunewald im Januar 2025, die mit Falschinformationen Stimmung gegen Geflüchtete machten.

Normalisierung extrem rechter Feindbilder

Die zunehmende Propaganda gegen Antifaschist*innen und die demokratisch engagierte Zivilgesellschaft weist auf eine wachsende Identifikation mit extrem rechten Positionen und eine Normalisierung und Enttabuisierung solcher Inhalte auch außerhalb der extremen Rechten hin. Erfahrungen aus Bezirken im Ostteil Berlins zeigen zudem: Steigt Propaganda gegen politische Gegner*innen an einem Ort, ist häufig auch die Organisation extrem rechter Gruppen stärker. Vermehrte NS-verherrlichende Sachbeschädigungen wie etwa Hakenkreuze auf Autos oder Schmierereien auf Stolpersteinen in Wilmersdorf deuten ebenfalls auf diesen beunruhigenden Trend hin. Diese Entwicklung in Charlottenburg-Wilmersdorf steht nicht isoliert, sondern ist im Kontext überregionaler und internationaler Diskurse zu sehen,



Aufkleber



NS-verherrlichender Schriftzug



Muslimfeindlicher Aufkleber

durch die zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus im letzten Jahr zunehmend delegitimiert worden ist. Diese Diskreditierung von Engagement gegen Rechtsextremismus stärkt die Handlungsspielräume der extremen Rechten. Es bleibt daher weiterhin notwendig, zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu stärken, sichtbar zu machen und bei Anfeindungen konsequent zu unterstützen.

Rassismus erneut gestiegen: Zwischen Alltag, Enthemmung und der Normalisierung extrem rechter Ideen

Mit über einem Drittel aller dokumentierten Vorfälle war Rassismus auch 2025, wie schon in den meisten Jahren zuvor, das häufigste Motiv. Die Anzahl der Vorfälle stieg im Vergleich zu 2024 um etwa 27 %. Besorgniserregend ist die Entwicklung bei verbalen und körperlichen Attacken: Rassistische Angriffe nahmen von 14 (2024) auf 16 (2025) zu, Bedrohungen und Beleidigungen von 37 auf 50 Vorfälle. Insgesamt waren 45 % der 145 rassistischen Vorfälle solche verbalen oder körperlichen Attacken.

Alltag unter Druck: Öffentlicher Raum als Ort von Bedrohung und Gewalt

Die hohen Zahlen zeigen, wie präsent rassistische Angriffe im Alltag sind. Menschen wurden beleidigt, bedroht und körperlich angegriffen, etwa mit einem Regenschirm geschlagen, bespuckt, ihr Kinderwagen mit einem Baby wurde geschubst oder sie wurden mit dem Auto verfolgt und angefahren. Auffällig ist dabei, dass viele Angriffe eskalierten, nachdem sich davon Betroffene gegen rassistische Beleidigungen zur Wehr setzten, etwa durch Widerspruch oder indem sie die Situation filmten. Besonders häufig ereigneten sich diese Angriffe im öffentlichen Nahverkehr und an Bahnhöfen. So wurde am U-Bahnhof Zoologischer Garten eine Schwarze Frau wegen einer zwar formal fehlerhaft ausgefüllten und trotzdem gültigen Monatskarte von Kontrolleur*innen aufgefordert, die U9 zu verlassen. Eine Kontrolleurin schlug die Frau und riss ihr die Kopfbedeckung herunter. Ticket und Pass wurden einbehalten. Die hinzugezogene Polizei übernahm die Darstellung der Kontrolleur*innen und setzte zusätzlich die Betroffene unter Druck, ein für sie unverständliches Protokoll zu unterschreiben. Der Vorfall ist besonders gravierend, da die Gewalt und anschließende Behandlung von Akteur*innen ausgingen, die eigentlich Schutz und faire Behandlung gewährleisten sollen. Solche Erfahrungen tragen dazu bei, dass der öffentliche Raum für viele Betroffene als nicht sicher wahrgenommen wird. Da Bus und Bahn für Viele unverzichtbar sind, verschärft sich diese Situation zusätzlich. Rassismus zeigt sich damit nicht nur in einzelnen Vorfällen, sondern als eine wiederkehrende Erfahrung von Abwertung und eingeschränkter Bewegungsfreiheit.

Enthemmung und politische Aufladung rassistischer Diskurse

Neben der steigenden Anzahl ist auch eine inhaltliche Verschärfung rassistischer Anfeindungen festzustellen. Es ist eine Zunahme entmenslichender Sprache, NS-Bezüge sowie offener Gewalt- und Vernichtungsrhetorik zu

beobachten. So wurde in einem Schreiben an die Berliner Polizeipräsidentin unter anderem dazu aufgerufen, Muslim*innen „gnadenlos und radikal auszurotten“ und sie wurden als „Untiere“ bezeichnet. Als Absender dieses menschenverachtenden Schreibens wurden dabei fälschlicherweise die Adresse der Kreisgeschäftsstelle von Bündnis 90/ Die Grünen in Wilmersdorf sowie der Name eines Mitglieds des Kreisvorstands angegeben.

Dieses Beispiel illustriert eine zunehmende Enthemmung, die jedoch nicht auf den Bereich des antimuslimischen Rassismus beschränkt ist. Gleichzeitig ist gerade in dieser Art des Rassismus ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die Zahl antimuslimisch-rassistischer Vorfälle hat sich in Charlottenburg-Wilmersdorf von 12 (2024) auf 25 (2025) mehr als verdoppelt. Der Zuwachs betrifft sowohl Bedrohungen und Beleidigungen (+5) als auch Propaganda (+5) und Veranstaltungen (+3). Eine mögliche Erklärung ist die politische Aufladung im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt seit dem 7. Oktober 2023. In öffentlichen Debatten wird dabei immer wieder von „importiertem Antisemitismus“ gesprochen. Mit „importiert“ ist die Vorstellung gemeint, Antisemitismus sei durch Migration nach Deutschland „eingewandert“. Diese Behauptung markiert pauschal muslimisch gelesene und geflüchtete Menschen als Träger antisemitischer Einstellungen und verstärkt damit rassistische Feindbilder. Gleichzeitig verdeckt diese Fehlinterpretation, dass Antisemitismus in Deutschland eine lange eigene Tradition hat.

Normalisierung einer extrem rechten Idee verbreitet Rassismus

Solche Zuschreibungen und Narrative bleiben nicht folgenlos. Sie wurden 2025 in konkrete (extrem) rechte Aktionen in Charlottenburg-Wilmersdorf übersetzt. In der Tauentzienstraße fand eine als „Gedenken“ inszenierte Aktion statt, die Migration seit 2015 pauschal mit Gewalt verknüpfte und einzelne Straftaten verallgemeinerte. Vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Wilmersdorf instrumentalisierte eine extrem rechte Gruppe einen Anschlag für ihre Propaganda und forderte öffentlich „Remigration“.

Diese öffentlichen Inszenierungen sind zweifellos Ausdruck einer Normalisierung rassistischer, geflüchtetenfeindlicher und extrem rechter Narrative. Besonders sichtbar wird dies am Begriff der „Remigration“. In 22 rassistischen Vorfällen wurde dieser in 2025 verwendet (2024: 6). Er fungiert als zentrale Chiffre für die massenhafte Abschiebung von Menschen mit Migrationsgeschichte und wurde durch die extrem rechte „Identitäre Bewegung“ geprägt. Zunehmend wird etwa durch die AfD versucht, die Forderung nach „Remigration“ als legitime migrationspolitische Maßnahme darzustellen und damit anschlussfähig zu machen. Eine Normalisierung dieser extrem rechten Idee begünstigt so die Verbreitung des ihr zugrundeliegenden Rassismus.

Insgesamt deutet sich eine Verschiebung an: von eher situativem Alltagsrassismus hin zu politisch aufgeladenen und enthemmten Ausdrucksformen. Rassistische Diskurse, Aktionen und Sticker tragen zu einem gesellschaftlichen Klima bei, in dem Ausgrenzung und Gewalt zunehmen und für davon Betroffene im Alltag konkret spürbar werden.

Antisemitismus auf neuem Höchststand

Charlottenburg-Wilmersdorf gehört seit Jahren zu den Berliner Bezirken mit besonders vielen antisemitischen Vorfällen. Während die Zahlen berlinweit seit 2023 stark gestiegen sind, gingen sie in 2025 auf hohem Niveau leicht zurück. In Charlottenburg-Wilmersdorf zeigt sich ein gegenläufiger Trend. Nach einem leichten Rückgang von 2023 zu 2024 (2023: 83, 2024: 70) erreichte Antisemitismus 2025 mit 93 dokumentierten Vorfällen einen neuen Höchststand. Der im Vergleich zu anderen Bezirken auffällige Anstieg lässt sich unter anderem durch eine besondere Struktur des Bezirks erklären. Die Vielzahl jüdischer Einrichtungen in Charlottenburg-Wilmersdorf und die damit einhergehende hohe Sichtbarkeit und Dichte jüdischen Lebens führen bereits seit Jahren dazu, dass antisemitische Vorfälle häufiger Anlass und Ziel finden. Hinzu kommen zentrale Orte wie der Breitscheidplatz oder der Kurfürstendamm, die regelmäßig als Versammlungsorte genutzt wurden.

Antisemitische Vorfälle ereigneten sich 2025 im Bezirk vor allem im öffentlichen Raum und im direkten Kontakt. Am häufigsten wurden Aufkleber und Schmierereien dokumentiert (2025: 33; 2024: 31), gefolgt von Versammlungen (2025: 23; 2024: 11) und verbalen Anfeindungen (2025: 19, 2024: 11), die jeweils deutlich angestiegen sind. Körperliche Angriffe (2025: 6) und Sachbeschädigungen (2025: 12) blieben hingegen auf einem konstanten Niveau. So wurden Stolpersteine mit „Dresden“ beschmiert, ein Verweis auf extrem rechte Narrative, die NS-Verbrechen relativieren. Hakenkreuze an Wohnhäusern von Juden*Jüdinnen verdeutlichten die Kontinuität offen antisemitischer Gewalt.

Viele verbale und körperliche Angriffe richteten sich gezielt gegen sichtbares jüdisches Leben. Menschen wurden beleidigt oder angegriffen, weil sie eine Kette mit einem Davidstern trugen. Sie wurden beleidigt, weil sie eine hebräische Zeitung lasen oder Stolpersteine reinigten. Sie wurden angegriffen, weil sie sich gegen Antisemitismus einsetzten. Sichtbarkeit und klare Positionierung gegen Antisemitismus werden damit zum Risiko im Alltag für Juden*Jüdinnen und sich ihnen gegenüber solidarisch zeigenden Menschen.

Kontinuierlicher Anstieg antisemitischer Veranstaltungen

Ein deutlicher Anstieg zeigt sich auch bei antisemitischen Versammlungen. Seit dem 7. Oktober 2023 hat ihre Anzahl stark zugenommen (2023: 8; 2025: 23). Alle dokumentierten Veranstaltungen standen im Kontext des Nahostkonflikts. Sie fanden an zentralen Orten wie dem Breitscheidplatz, dem Kurfürstendamm, oder vor der israelischen Botschaft in Schmargendorf sowie an den beiden Hochschulen im Bezirk statt. Politische Ereignisse im israelisch-palästinensischen Konflikt führten dabei zu Phasen verstärkter Mobilisierung, beispielsweise Anfang April, nach dem Ende der Waffenruhe Mitte/Ende März.

Auf den Veranstaltungen wurden antisemitische, häufig israelbezogene, Inhalte verbreitet. Parolen wie „Kindermörder Israel“ knüpfen an alte antisemitische Mythen an. Wenn solche Aussagen häufig wiederholt werden, tragen sie zur Verfestigung von Feindbildern bei. Zugleich nahm die Verwendung von „Zionisten“ als Chiffre für Juden deutlich zu (2025: 16; 2024: 6). Der

dahinterstehende Antisemitismus ist durch solche Codes nicht sofort als solcher erkennbar und verbreitet sich dadurch leichter. Mit Schmierereien wie „NZZ = ZIONISM“ wurde zudem „Zionismus“ pauschal mit Faschismus oder Rechtsextremismus gleichgesetzt. Diese Deutungen gehen über konkrete politische Kritik an der israelischen Regierung hinaus. Unabhängig von der beabsichtigten politischen Kritik können sie damit bestehende antisemitische Deutungsmuster verstärken, in denen Juden*Jüdinnen verallgemeinernd als zentrale Verantwortliche für politische Missstände dargestellt werden.

Auch Hochschulen im Bezirk waren von solchen Entwicklungen betroffen. Solche israelbezogenen antisemitischen Äußerungen traten dort sowohl in Form von Schmierereien als auch im Rahmen von Protesten auf. Hinzu kommt, dass Erfahrungen jüdischer Studierender teilweise nicht ernst genommen wurden. In einem Fall wurden jüdische Studierende im Studierendenparlament der Technischen Universität ausgelacht, nachdem sie von antisemitischen Vorfällen berichtet hatten.

Die Vorfälle im Jahr 2025 zeigen, dass Antisemitismus in Charlottenburg-Wilmersdorf nicht nur angestiegen ist, sondern sich zunehmend normalisiert und in unterschiedliche Lebensbereiche ausgebreitet hat. Besorgniserregend ist die gestiegene Zahl antisemitischer verbaler Anfeindungen und Versammlungen, bei denen mehr und mehr codierte und israelbezogene Formen des Antisemitismus verbreitet wurden. Diese erschweren die klare Erkennung von Antisemitismus und befördern ihre gesellschaftliche Normalisierung. Gleichzeitig bleibt jüdisches Leben im Bezirk deutlich sichtbar und damit besonders gefährdet.

LGBTIQ*-Feindlichkeit und Antifeminismus: Sichtbare Abwertung im öffentlichen Raum

Auch im Bereich der LGBTIQ*-Feindlichkeit verzeichnete das Register 2025 mit 34 Vorfällen den bislang höchsten Stand im Bezirk (2024: 26). Dieser Anstieg ist vor allem auf die zunehmende Präsenz LGBTIQ*-feindlicher Propaganda im öffentlichen Raum zurückzuführen. Die Zahl entsprechender Sticker und Schmierereien stieg auf 17 Vorfälle (2024: 8), während sich das Niveau von Angriffen und Bedrohungen kaum veränderte.

LGBTIQ*-Feindlichkeit als verbindendes Feindbild

Ein Großteil dieser Propaganda lässt sich unterschiedlichen politischen Spektren zuordnen. Sie reicht von christlich-fundamentalistischen und verschwörungsideologischen Milieus bis zum neonazistischen Spektrum. Dabei wird deutlich, dass LGBTIQ*-Feindlichkeit über verschiedene rechte Akteur*innen hinweg als verbindendes Element auftreten kann. Queere Menschen werden dabei zunehmend als politische Gegner*innen adressiert (2025: 8; 2024: 2). Dies zeigte sich etwa in der Bildsprache extrem rechter Sticker, in der durchgestrichene Regenbogenflaggen gemeinsam mit durchgestrichenen Antifa-Symbolen erschienen. Ein Aushang der AfD-Fraktion im Rathaus Charlottenburg verdeutlicht diese Gleichsetzung: Darauf wurde die Regenbogenflagge mit Begriffen wie „Verrat an der Familie“, „Zerstörung unserer Kultur und Lebenswei-



se“ und „Unterminierung der christlichen Basis des Abendlandes“ verknüpft. Denn die Sichtbarkeit queerer Menschen stellt zentrale Bestandteile extrem rechter Weltbilder infrage, etwa starre Geschlechterrollen, biologistische Familienbilder und nationalistische Ordnungsvorstellungen.

Diese gestiegene öffentliche Abwertung queerer Menschen auf den Straßen in Form von Propaganda kann sich auf das Sicherheitsgefühl von LGBTIQ*-Personen im Bezirk auswirken. Zugleich blieb die Zahl der erfassten Angriffe und Bedrohungen mit 14 Vorfällen im Jahr 2025 auf konstantem Niveau. LGBTIQ*-Feindlichkeit ist damit aber wie bereits in den Vorjahren das dritthäufigste Motiv für diese Formen von Übergriffen. Die meisten dieser verbalen oder körperlichen Angriffe ereigneten sich unvermittelt im öffentlichen Raum, etwa in Verkehrsmitteln, auf der Straße oder im Fitnessstudio.

Antifeminismus als Teil derselben Feindbilder

Solche Entwicklungen stehen in engem Zusammenhang mit antifeministischen Einstellungen, die gleichermaßen auf rigiden Geschlechterbildern und traditionellen Familienvorstellungen beruhen. Von den insgesamt sechs gemeldeten antifeministischen Vorfällen im Jahr 2025 entfiel ein Großteil auf Sachbeschädigungen an den „Roten Bänken“. Das Projekt wurde im Dezember 2024 mit zehn Bänken in Charlottenburg-Wilmersdorf gestartet und setzt ein sichtbares Zeichen gegen geschlechtsspezifische Gewalt an Frauen. In vier Fällen wurden diese Bänke durch Schmierereien oder Einritzungen beschädigt, die sich gegen ihre feministische Botschaft richteten und dadurch teils nachhaltige Schäden verursachten.

Grenzen der Dokumentation: Obdachlosen- und Behindertenfeindlichkeit weiterhin unterfasst

Vom Register dokumentierte Vorfälle zeigen jeweils nur einen Ausschnitt der Realität. Viele Vorfälle werden nicht gemeldet oder bekannt, beispielsweise, weil Menschen die Meldemöglichkeiten nicht kennen, negative Konsequenzen befürchten oder Diskriminierung als alltäglich hinnehmen. Bestimmte Formen der Diskriminierung, etwa gegen obdachlose Menschen oder gegen

Menschen mit einer Behinderung, sind trotz ihrer in der Einstellungsfor- schung nachgewiesenen Verbreitung besonders selten dokumentiert. In die- sen beiden Bereichen erfasste das Register in den vergangenen Jahren nur wenige Vorfälle. Im Jahr 2025 wurden in Charlottenburg-Wilmersdorf sieben Fälle von Behindertenfeindlichkeit und drei obdachlosenfeindliche Vorfälle registriert, darunter je ein körperlicher Angriff.

Ein Vorfall in der Seelingstraße in Charlottenburg zeigt beispielhaft die di- rekte Abwertung obdachloser Menschen: An das Schild eines Treffpunkts für obdachlose Menschen wurde die Beleidigung „Assis“ geschmiert. Dieser Be- griff dient als abwertende Zuschreibung, die obdachlose Menschen pauschal stigmatisiert, entmenschlicht und gesellschaftlich ausgrenzt.

Im Bereich der Behindertenfeindlichkeit lassen sich anhand einzelner Vor- fälle strukturelle Probleme erkennen, die auf alltägliche Erfahrungen vieler Betroffener hinweisen. Dazu zählen zum Beispiel konkrete Zugangshürden: Bei einer Informationsveranstaltung des Bezirksamts Charlottenburg-Wil- mersdorf wurde kein barrierefreier Zugang für rollstuhlfahrende Menschen bereitgestellt. Trotz einer Beschwerde wurde kein alternativer Veranstal- tungsort gesucht, sodass die bestehende Barriere blieb. Behindertenfeind- lichkeit zeigte sich zudem in der Sprache im Alltag. So wurde am U-Bahnhof Bismarckstraße fälschlicherweise auf den Anzeigetafeln der BVG behauptet, „Rollstuhlfahrten“ seien Ursache für Verspätungen im Nahverkehr. Diese Aussage ist sachlich falsch und diskriminierend. Verzögerungen entstehen nicht durch Rollstuhlnutzer*innen, sondern durch strukturelle Probleme wie fehlende Barrierefreiheit, veraltete Technik oder Personalmangel. Solche Darstellungen verschieben die Verantwortung und machen Menschen mit einer Behinderung zu Unrecht zum „Problem“.

Wie viele Vorfälle erfasst werden, hängt auch davon ab, wie sensibilisiert und solidarisch das Umfeld reagiert. Auch strukturelle Benachteiligungen durch Behörden und Institutionen bleiben oft unsichtbar und sind schwer zu er- fassen. Die Register arbeiten daher kontinuierlich daran, mehr Menschen zu erreichen und bislang untererfasste Erfahrungen sichtbarer zu machen.





Aktivitäten der AfD im Bezirk

Im Jahr 2025 fiel die AfD im Bezirk im berlinweiten Vergleich durch eine hohe Aktivität und eine Nähe zu Akteur*innen der sogenannten Neuen Rechten auf. In der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) brachte die AfD-Fraktion regelmäßig Anträge ein und hielt Redebeiträge, die vom Register als rassistisch oder LGBTIQ*-feindlich eingeordnet wurden.

Rhetorik, Feindbilder und thematische Schwerpunkte

Ein zentraler Schwerpunkt war die Forderung nach sogenannter Remigration. Bereits 2024 begann die verstärkte Nutzung dieses Begriffs durch die bezirkliche AfD-Fraktion. 2025 verwendete die Fraktion „Remigration“ in 8 von 10 BVV-Sitzungen in Anträgen oder Redebeiträgen, unter anderem in Forderungen nach einem „Remigrationsbeauftragten“ oder einem „Remigrationspreis“. Die häufige Verwendung des Begriffs kann die Normalisierung und Verbreitung des sich dahinter verbergenden Konzepts, auch über (extrem) rechte Kreise hinaus, begünstigen. Auch griffen die Redner immer wieder auf Aussagen etablierter Politiker*innen anderer Parteien zurück, die vermeintlich ähnliche Forderungen hätten. Dies kann ebenfalls dazu beitragen, die eigenen Positionen als anschlussfähig an breitere politische Debatten darzustellen und ihnen scheinbare Legitimität zu verleihen.

Laut eines Forschungsprojektes der Universität Osnabrück handelt es sich bei „Remigration“ um eine „Standardvokabel im Grundwortschatz der neo-völkischen Rechten“, die „untrennbar mit völkisch-rassistischen Deportationsplänen verbunden“ ist. Die AfD hat sich in der Vergangenheit von verfassungfeindlichen Auslegungen distanziert, die auch die Deportation deutscher Staatsbürger*innen umfassen. Gleichzeitig wird der Begriff weiterhin in entsprechenden Kontexten verwendet und von Betroffenen als bedrohlich wahrgenommen.

Zur Begründung ihrer migrationspolitischen Positionen griff die AfD im Bezirk 2025 wiederholt auf Bedrohungsszenarien zurück. So wurden in verschiedenen Redebeiträgen und Anträgen wiederholt Narrative verwendet, die geflüchtete Menschen mit Kriminalität oder Terrorismus in Verbindung bringen. Neben migrationspolitischen Themen bildete auch die Auseinandersetzung mit queeren Themen einen Schwerpunkt. Die AfD-Fraktion nutzte zweimal ihren Schaukasten im Rathaus für Aushänge, die vom Register als LGBTIQ*-feindlich bewertet wurden, da queere Menschen als Bedrohung dargestellt und verunglimpft wurden. Ende des Jahres griff die „AfD“ laut Einschätzung des Registers in der BVV zu verschiedenen LGBTIQ*-feindlichen Narrativen und versuchte damit die Finanzierung queersensibler Jugendarbeit durch den Bezirk zu skandalisieren.

Öffentliche Präsenz der Partei im Bezirk

2025 organisierte die AfD regelmäßig Infostände an zentralen Orten im Bezirk sowie Bürgerdialoge im Rathaus, dabei wurden diskriminierende Inhalte in Form von Zeitungen oder Flyern verteilt. Die Präsenz der AfD im öffentlichen Raum und in öffentlichen Gebäuden kann Einfluss auf das Sicherheitsgefühl der von Diskriminierung Betroffenen im Bezirk haben.

Darüber hinaus beteiligte sich die Bezirks-AfD umfassend an einer Kampagne gegen die Aktionswochen gegen Rassismus, von der Veranstaltungen in Charlottenburg-Wilmersdorf im bundesweiten Vergleich in besonderem Ausmaß betroffen waren. Bei zwei Veranstaltungen versuchte ein Vertreter der AfD-Fraktion, trotz ausdrücklichem Ausschluss Zugang zu erhalten und weigerte sich die Veranstaltungsorte zu verlassen. Im Vorfeld einer weiteren Veranstaltung wurde eine E-Mail eines AfD-Vertreters dokumentiert, in der nach Einschätzung des Registers Drohungen angedeutet und abwertende Formulierungen verwendet wurden. Im Rahmen dieser Aktivitäten arbeitete die AfD mit weiteren Akteur*innen aus dem Spektrum der „Neuen Rechten“ zusammen. Ziel war es laut Einschätzung der Organisator*innen der Aktionswochen gegen Rassismus, Veranstaltungen zu delegitimieren und zivilgesellschaftliche Akteur*innen unter Druck zu setzen.

Die Aktivitäten der Bezirks-AfD im Jahr 2025 haben dabei eine Bedeutung über den Bezirk hinaus. Die wiederholte Nutzung zentraler Begriffe wie „Remigration“ und klare Themenschwerpunkte können entsprechende Narrative verbreiten, normalisieren und anschlussfähiger machen. Durch die Zusammenarbeit mit überregionalen Akteur*innen der „Neuen Rechten“ ist die Bezirks-AfD zudem in entsprechende Netzwerke eingebunden, die diese Entwicklung über den Bezirk hinaus verstärken.

Demokratische Zivilgesellschaft im Visier der „Neuen Rechten“

An den Störaktionen gegen die Aktionswochen gegen Rassismus im Bezirk beteiligten sich auch andere Akteur*innen der „Neuen Rechten“. In Artikeln und Videobeiträgen verschiedener rechter Online-Medien über die Aktionswochen gegen Rassismus wurde antirassistisches Engagement wiederholt als „Steuergeldverschwendung“ delegitimiert, unter Berufung auf ein vermeintliches „Neutralitätsgebot“ kritisiert oder pauschal als „linksextrem“ diffamiert. Zudem fertigte eine Journalistin eines rechtspopulistischen Medienportals mehrfach heimlich Ton- und Videoaufnahmen bei Veranstaltungen an. Diese Form der Störung führte zu einer Einschüchterung von Teilnehmenden und Organisator*innen der Aktionswochen gegen Rassismus.

Dass Charlottenburg-Wilmersdorf besonders stark von der Diffamierungskampagne gegen die Aktionswochen gegen Rassismus betroffen war, ist kein Zufall. Der Bezirk gilt seit Jahren als ein zentraler Ort der sogenannten Neuen Rechten. Hier befinden sich einflussreiche Akteur*innen und Institutionen wie die „Bibliothek des Konservatismus“ (BdK) und der Sitz der Zeitung „Junge Freiheit“, die zur Ideologiebildung und Vernetzung beitragen. Die „Neue Rechte“ verfolgt eine langfristige Strategie des „Kampfs um die Köpfe“. Statt offenem Rassismus setzt sie auf rhetorische Anpassung, intellektuelle Inszenierung und gut vernetzte Strukturen. Ziel ist es, gesellschaftliche Debatten zu verschieben und extrem rechte Positionen anschlussfähig zu machen. Offene Radikalität wird vermieden, die inhaltliche Ausrichtung bleibt jedoch klar antidemokratisch.

Der Thinktank der „Neuen Rechten“

Ein zentraler Ort dieser neurechten Strategien im Bezirk ist die „Bibliothek des Konservatismus“ (BdK). Sie bietet seit 2012 rechten, völkisch-nationalistischen und antifeministischen Strömungen eine Plattform. Bereits 2024 war die wiederkehrende Kritik an einer angeblichen „woken“ Bewegung prägend. Der Begriff „woke“ kann dabei als Kampfbegriff verstanden werden, um politische Gegner*innen zu diskreditieren und eine angebliche „Meinungsdiktatur“ zu behaupten. 2025 dokumentierte das Register acht Veranstaltungen in der BdK mit unterschiedlichen Inhalten. In nahezu allen fanden sich mal subtil, mal offen abwertende Narrative gegen die demokratische Zivilgesellschaft und links positionierte Menschen und Initiativen.

Besonders deutlich wurde dies bei einer Buchvorstellung: Unter dem Titel „NGO-Komplex“ wurde behauptet, staatliche Stellen und zivilgesellschaftliche Organisationen würden gemeinsam die Bevölkerung „entmündigen“. Die Arbeit von NGOs wurde dabei als „softer Totalitarismus“ oder sogar als „kulturelle Säuberung“ bezeichnet. Solche Aussagen greifen ein zentrales Narrativ der „Neuen Rechten“ auf: Kritik an Diskriminierung wird umgedeutet, Engagement gegen Rechtsextremismus delegitimiert.

Auch rassistische, insbesondere antimuslimische und geflüchtetenfeindliche Inhalte blieben 2025 wie in den Jahren zuvor in der BdK zentral. In vier der acht 2025 dokumentierten Veranstaltungen wurden entsprechende Positionen geäußert. So wurden in verschiedenen Vorträgen Muslim*innen und Geflüchtete pauschal mit Gewalt und Terror in Verbindung gebracht.

Jährliche Vernetzung beim Sprachrohr der „Neuen Rechten“

Neben solchen Veranstaltungsorten spielen Vernetzungsformate eine wichtige Rolle. Die „Junge Freiheit“ organisierte 2025 nun bereits zum vierten Mal ein Sommerfest im Bezirk, das hunderte Gäste aus ultrakonservativen bis extrem rechten Spektren zusammenbringt. Solche Treffen dienen dem Austausch, der strategischen Abstimmung und der Festigung gemeinsamer Ideologien.

Die Entwicklungen im Jahr 2025 machen deutlich: Wer sich gegen Rassismus und für Demokratie und Vielfalt einsetzt, gerät zunehmend ins Visier der „Neuen Rechten“. Das blieb jedoch nicht unbeantwortet: Ein gemeinsames Statement der Organisator*innen setzte im Nachgang der Aktionswochen gegen Rassismus ein klares Zeichen gegen die Raumnahme der „Neuen Rechten“ im Bezirk. Die Angriffe auf die Aktionswochen gegen Rassismus haben die Zivilgesellschaft im Bezirk nicht geschwächt, sondern sie zusammenrücken lassen. Die gemeinsamen Erfahrungen von Anfeindung haben Zusammenarbeit und Solidarität vertieft und die Gefahr der „Neuen Rechten“ verdeutlicht.

„Ich will mehr wissen!“

Das Register stellt auf Anfrage detaillierte Zahlen und Auswertungen zu einzelnen Motiven, Vorfällen, Ortsteilen oder extrem rechten Aktivitäten zur Verfügung. Zudem sind Kooperationsanfragen willkommen: Vorträge, Veranstaltungen, Kiezspaziergänge, Teilnahme an Festen und vieles mehr.

Zögert nicht, Kontakt aufzunehmen!

E-Mail:
cw@berliner-register.de

Telefon/Messenger:
01630812128 & 01789185896

social media:
[@RegisterCW](https://www.instagram.com/RegisterCW)

Angriffschronik 2025

17. Januar: Ein Mann rief auf dem Kurfürstendamm antisemitische Parolen. Als er von einer Person aufgefordert wurde dies zu unterlassen, beleidigte er sie antisemitisch und schlug ihr mit der Faust in Gesicht.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0161 vom 18.01.2025

09. Februar: Eine Gruppe von etwa sechs Unbekannten kam gezielt auf eine Person zu und beleidigten die Person schwulenfeindlich. Im Anschluss schlugen sie der Person mit der Faust ins Gesicht und brachten sie zu Boden. Erst als eine Zeugin dazwischen ging, flüchteten die Sechs.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0366 vom 10.02.2025

14. Februar: Am U-Bahnhof Adenauerplatz wurde ein Mann erst rassistisch beleidigt und anschließend ins Gesicht geschlagen.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0420 vom 15.02.25

25. Februar: Am Bahnhof Berlin-Charlottenburg rief ein Mann lautstark rechte Parolen. Zuvor hatte er bereits in einer Regionalbahn auf dem Weg dorthin eine körperliche Auseinandersetzung mit einem Reisenden gehabt. Zudem bedrohte er während der anschließenden Fahrt in der S9 Reisende unter Vorhalt eines Taschenmessers und beschädigte die Inneneinrichtung mit Tritten und Schlägen.

Quelle: Presseportal der Bundespolizei BPOLD-B vom 26.02.25

01. März: Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ereignete sich ein rassistischer körperlicher Angriff. Das genaue Datum ist dem Berliner Register nicht bekannt.

Quelle: Abgeordnetenhaus Berlin, Schriftliche Anfrage, Drucksache Nr. 19-24259

01. April: Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf fand ein diskriminierender Angriff statt. Zum Schutz der betroffenen Person werden keine weiteren Informationen veröffentlicht.

Quelle: Register CW

01. April: Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ereignete sich ein rassistischer körperlicher Angriff. Das genaue Datum ist dem Berliner Register nicht bekannt.

Quelle: Abgeordnetenhaus Berlin, Schriftliche Anfrage, Drucksache Nr. 19-24259

09. April: Eine Frau wurde am Mittag in der Bismarckstraße von einer anderen Frau aufgrund von Antischwarzem Rassismus beleidigt und mit einem Regenschirm geschlagen.

Quelle: ReachOut

13. April: In der Friedbergstraße in Charlottenburg wurden eine Frau, die eine Kette mit einem Davidstern trug, und ein Mann von zwei Unbekannten antisemitisch beleidigt. Später wurde der Mann auch angegriffen, als er versuchte, die Beleidigungen zu filmen.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 0939 vom 14.04.2025

25. April: Es ereignete sich ein antisemitischer Angriff. Weitere Informationen werden zum Schutz betroffener Personen nicht veröffentlicht. Zudem wurde das Vorfallsdatum geändert.

Quelle: RIAS Berlin

17. Mai: Eine bekannte trans Bloggerin wurde bei einer Restaurantöffnung in der Straße des 17. Juni von mehreren Personen transfeindlich beleidigt, geschubst und am Boden liegend geschlagen.

Quelle: tagesspiegel vom 23.05.2025

22. Mai: In Charlottenburg ereignete sich ein queerfeindlicher Angriff. Zum Schutz der Betroffenen werden keine weiteren Angaben gemacht.

Quelle: L-Support

01. Juni: Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf wurden zwei Personen aus rassistischen Motiven körperlich angegriffen. Das genaue Datum ist dem Berliner Register nicht bekannt.

Quelle: Abgeordnetenhaus Berlin, Schriftliche Anfrage, Drucksache Nr. 19-24259



05. Juni: Auf einer Kundgebung in Charlottenburg wurde eine Gegendemonstrantin, die sich gegen Antisemitismus einsetzte, angerempelt, bespuckt und beleidigt.

Quelle: YouTube Kanal WELTVideoTV vom 05.07.2025

14. Juni: Nachdem ein Mann seinem Hund im Volkspark Jungfernhede Kommandos in ukrainischer Sprache gegeben hat, wurde er von zwei Unbekannten nach seiner Nationalität gefragt. Als er geantwortet hat, Ukrainer zu sein, wurde ihm von einem der beiden Männer ein Messer in den Bauch gestoßen.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1655 vom 14.06.2025

23. Juni: Ein Mann, der auf einem Roller an einer Ampel stand, wurde aus einem neben ihm haltenden Auto heraus von zwei Männern und einer Frau aufgrund von antimuslimischem Rassismus beleidigt und bespuckt. Anschließend verfolgte das Auto den Betroffenen, dabei wurde sein Bein zwischen Roller und Auto eingeklemmt und verletzt.

Quelle: ReachOut

25. Juli: Am U-Bahnhof Zoologischer Garten wurde eine Schwarze Frau wegen einer geringfügig falsch ausgefüllten, aber gültigen Monatskarte von Kontrolleur*innen aus der U9 geholt. Eine Kontrolleurin schlug sie und riss ihr die Kopfbedeckung herunter. Ticket und Pass wurden einbehalten. Die hinzugezogene Polizei übernahm einseitig die Darstellung der Kontrolleur*innen und setzte die Betroffene unter Druck, ein für sie unverständliches Protokoll zu unterschreiben.

Quelle: NARUD e. V.

08. August: In einem Bus der Linie M19 in Charlottenburg wurde ein 71-jähriger Mann, der eine israelische Zeitung auf seinem Handy las, antisemitisch beleidigt und körperlich angegriffen.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 1957 vom 09.08.2025

18. August: In der Kantstraße wurde eine 22-jährige Touristin von zwei Männern rassistisch beleidigt. Als sie einen der Männer zur Rede stellen wollte, schlug er ihr ins Gesicht und in den Bauch.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 2015 vom 19.08.2025

31. August: In der U7 zwischen Blissestraße und Adenauerplatz bedrohte ein Mann einen anderen, beleidigte ihn massiv rassistisch und schwulenfeindlich und ging sehr zügig mit erhobener Faust auf ihn los. Nur durch das schnelle Eingreifen von Mitfahrenden konnte das Zuschlagen verhindert werden.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

01. September: Im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf ereignete sich ein rassistischer körperlicher Angriff. Das genaue Datum ist dem Berliner Register nicht bekannt.

Quelle: Abgeordnetenhaus Berlin, Schriftliche Anfrage, Drucksache Nr. 19-24445

02. September: In einer Spielhalle in der Joachimsthaler Straße fragte ein 43-Jähriger einen Jugendlichen nach dessen Nationalität und schlug ihm anschließend ins Gesicht. Ein rassistisches Motiv liegt nahe.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 2097 vom 03.09.2025

10. September: Zwei Männer verprügelten einen obdachlosen Mann in Charlottenburg und sind anschließend mit dem Auto davongefahren.

Quelle: ReachOut

16. November: In der Nacht gegen 03:30 hat ein Mann unvermittelt eine 75-jährige Ecuadorianerin am S-Bahnhof Messe-Süd angegriffen. Als ihre zwei jüngeren Begleitpersonen ihr helfen wollten, hat er diese ebenfalls geschlagen und getreten. Ein rassistisches Motiv der Tat liegt nahe.

Quelle: Presseportal der Bundespolizei vom 17.11.2025

01. Dezember: Vor einem Krankenhaus in Schmargendorf in der Caspar-Theyß-Straße beleidigte ein Mann drei Familienmitglieder erst rassistisch. Als eine der Personen den Mann anschließend zur Rede stellte, griff er sie an.

Quelle: Polizeimeldung Nr. 2519 vom 02.12.2025

10. Dezember: Es ereignete sich ein antisemitischer Angriff. Weitere Informationen werden zum Schutz betroffener Personen nicht veröffentlicht. Zudem wurde das Vorfallsdatum geändert.

Quelle: RIAS Berlin

14. Dezember: In der Ringbahn zwischen Frankfurter Allee und Westkreuz wurden drei Personen von etwa 15 extrem rechten Jugendlichen bedroht und verfolgt. Die Gruppe rief extrem rechte Parolen, machte bedrohliche Gesten und warf am Bahnhof Westkreuz Flaschen nach den Betroffenen, die sich schließlich in eine einfahrende Bahn retten konnten.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

18. Dezember: Eine Frau wurde auf der Straße mit einer rassistischen Fremdbezeichnung für Sinti*zze und Rom*n-ja beschimpft und ihr Kinderwagen wurde geschubst.

Quelle: Amaro Foro / DOSTA

22. Dezember: In der Pestalozzistraße in Charlottenburg wurden zwei Frauen auf eine Frau of color aufmerksam, musterten sie abschätzig, kamen schnellen Schrittes auf sie zu, was bereits bedrohlich für die Betroffene wirkte, und spuckten sie schließlich an.

Quelle: Meldeformular Berliner Register

Anlaufstellen des Register Charlottenburg-Wilmersdorf

Du kannst diskriminierende Vorfälle und extrem rechte Aktivitäten auch direkt in einer Anlaufstelle an das Register Charlottenburg-Wilmersdorf melden.

Amaro Foro

Anlaufstelle für Romnja*Roma und Dokumentationstelle Antiziganismus (DOSTA)
Kaiser-Friedrich-Straße 19
10585 Berlin-Charlottenburg
Website: www.amaroforo.de

AStA der Technischen Universität Berlin

TK-Gebäude
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin-Charlottenburg
Website: asta.tu-berlin.de

BENN Mierendorffinsel

Quedlingburger Straße 6
10589 Berlin-Charlottenburg
Website: benn-mierendorff.de

BENN Wilmersdorf

Blissestraße 70
10713 Berlin
Website: benn-wilmersdorf.de

Bezirksgeschäftsstelle Die Linke

Behaimstraße 17
10585 Berlin-Charlottenburg
Website: www.dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de/politik/start

City-Station

Joachim-Friedrich-Straße 46
10711 Berlin-Halensee
Website: berliner-stadtmission.de/city-station

connecting queer Charlottenburg-Wilmersdorf

im Jugend- und Kulturzentrum Spirale
Westfälische Straße 16a
10709 Berlin-Wilmersdorf
Website: https://www.instagram.com/connectingqueer_cw/

Demokratiebüro Charlottenburg-Wilmersdorf

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, Integrationsbüro, Raum 235
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin-Charlottenburg
Website: demokratie.charlottenburg-wilmersdorf.de

Fraktionsbüro Die Linke

Rathaus Charlottenburg
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin-Charlottenburg
Website: linksfraktion-charlottenburg-wilmersdorf.de

Fraktionsbüro Bündnis 90/Die Grünen

Rathaus Charlottenburg
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin
Website: gruene-fraktion-cw.de

GePGeMi e.V. - Gesellschaft für Psychosoziale Gesundheitsförderung von (süd-)ostasiatischen Migrant*innen

Beratungsbüro im Pangea Haus 2. Stock
Trautenaustraße 5
10717 Berlin-Wilmersdorf
Website: gemi-berlin.de

Haus der Nachbarschaft

Straße am Schoelerpark 37
10715 Berlin-Wilmersdorf
Website: nachbarschaft-ev.de

Interkultureller Mädchen- und Frauentreff Naya

Spandauer Damm 65
14059 Berlin-Charlottenburg
Website: lisa-berlin.de

Interkulturelles Stadtteilzentrum Divan

Nehringstraße 8
14059 Berlin-Charlottenburg
Website: www.nachbarschaftszentrum-divan.de

Jugendclub Schloss19

Schloßstraße 19
14059 Berlin-Charlottenburg
Website: schloss19.de

Jugend- und Kulturzentrum Spirale

Westfälische Straße 16a
10709 Berlin-Wilmersdorf
Website: nusz.de/kinder-jugend/spirale

Kiez Büro Klausenerplatz

Kiezbündnis Klausenerplatz e.V.
Seelingstraße 14
14059 Berlin-Charlottenburg
Website: klausenerplatz.de

Kreisbüro SPD
Rathaus Charlottenburg, Zimmer 125a
Otto-Suhr-Allee 100
10585 Berlin-Charlottenburg
Website: spd-charlottenburg-wilmersdorf.de

Kreisverband Bündnis 90/ Die Grünen
Uhlandstraße 79
10717 Berlin-Wilmersdorf
Website: gruene-cw.de

OUTREACH Mobile Jugendarbeit Berlin
Team Charlottenburg-Wilmersdorf
Sophie-Charlotten-Straße 30a
14059 Berlin
Website: outreach.berlin/team-charlottenburg

Stadtteilzentrum Charlottenburg-Nord
Halemweg 18
13627 Berlin-Charlottenburg-Nord
Website: stz-charlottenburg-nord.de

Wahlkreisbüro Lisa Paus, MdB
Uhlandstraße 79
10717 Berlin-Wilmersdorf
Website: lisa-paus.de

Wahlkreisbüro Petra Vandrey und Christoph Wapler, MdA
Windscheidstraße 16
10627 Berlin-Charlottenburg
Website: gruene-cw.de

Zentrum am Zoo
Hardenbergplatz 13
10623 Berlin-Charlottenburg
Website: berliner-stadtmission.de/zentrum-am-zoo



Diskriminierende und extrem rechte Vorfälle in Charlottenburg-Wilmersdorf melden über...



01630812128 & 01789185896 (auch signal & telegram)



cw@berliner-register.de



[@RegisterCW](https://www.instagram.com/berlinerregister)

